



Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Kommt das Rättemodell?

Heute,

Donnerstag, 6. 3. 69:

Schüler und Lehrlinge treffen sich um 19.00 h im Jugendgruppenraum der IG Metall (Humboldtstr. 46). Der „Informationskreis Betrieb und Schule“, der im Anschluß an ein gemeinsames Wochenendseminar von Schulsprechern und Jugendvertretern der IG Metall gegründet wurde, lädt alle Lehrlinge und Schüler zur Diskussion ein.

Thema:
Mitbestimmung in Schule und Betrieb

Diskussion um Verbandsstruktur zentraler Punkt der vds-Mitgliederversammlung

Am vergangenen Montag begann in der Mensa der Universität Köln die 21. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds), an der etwa 300 Delegierte aus 103 Mitgliedshochschulen teilnehmen. Bochum ist durch die ASTA-Mitglieder Horst-Peter Kasper und Manfred Koenig und durch den Vorsitzenden des SP-Hochschulausschusses, Christian Holtgreve vertreten.

Die Atmosphäre der Tagung unterscheidet sich wesentlich von der MV des Vorjahres in München, als der vds sein Selbstverständnis als Teil der außerparlamentarischen Opposition erstmals formulierte. Im Laufe des letzten Jahres hatte

Als vor 14 Tagen in Bochum der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU stattfand, war von den befürchteten Demonstrationen linker Schüler, Studenten und Lehrlinge nichts zu spüren. Sieht man von einem Anschlag auf die örtliche CDU-Geschäftsstelle ab, dem einige Fensterscheiben und das Firmenschild anheimfielen.

Vor wenigen Tagen wurde dem ASTA dieses Foto zugeschickt. Weniger die Tatsache, daß die Aufnahme offensichtlich unterbelichtet ist, erregte unseren Protest, als vielmehr der Versuch, durch die Requisiten (Sturzhelm, Revolver und schwarzer Handschuh) den Verdacht auf die — in Bochum stets zurückhaltende — APO zu lenken.

Wem nützt es objektiv, so müssen wir uns fragen, daß die Bochumer CDU im Wahljahr nicht mehr mit Hilfe des Schildes auf sich aufmerksam machen kann? Da die NPD ihre staatszerstörerische Gesinnung immer wieder betont hat, möchten wir ihr die hinterhältige Tat kaum zutrauen. Bleibt also nur die SPD, die in der oft kopierten doch nie erreichten CDU ihren schärfsten Konkurrenten fürchten muß.

Wir wissen nicht, welcher Unterbezirkssekretär seine Gespielin in dieser abgeschmackten Weise fotografierte, aber wenn das 69er-Wahlkampfstil sein soll, so mag man es nicht für ungut nehmen, wenn wir aus brennender Sorge um unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen den Verantwortlichen ein elegisch-zorniges „So-Bitte-Nicht“ zurufen.

So bitte nicht!



Soziale Lage katastrophal

Die soziale Lage der Studenten, so beweist eine vor kurzem veröffentlichte Enquête des Deutschen Studentenwerks, ist besorgniserregend: Nach wie vor muß ein Drittel aller Studenten ohne jede elterliche Unterstützung auskommen, jeder sechste Student muß durch Werkarbeit sein Budget aufbessern und 5 Prozent der Studierenden müssen ihren Lebensunterhalt sogar völlig aus eigener Arbeit bestreiten. Etwa ein Viertel der Studierenden kann sein Studium ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Allerdings dürfte längst

klar sein, daß selbst der Honef-Höchstbetrag von 320 DM im Monat nicht ausreicht. Nur jeder dritte der vom Studentenwerk befragten Studierenden gab an, mit weniger als 300 Mark monatlich auszukommen. Nicht zuletzt auf das katastrophale Stipendienwesen dürfte es zurückzuführen sein, daß sich die soziale Schichtung der Studentenschaft nur wenig verändert hat. Der Anteil der Arbeiterkinder stieg in den letzten fünf Jahren nur geringfügig von 6,8 Prozent auf 7,5 Prozent bei den Studenten und von 3,2 Prozent auf 4,1 Prozent bei den Studentinnen.



Ha, Ho, He, die Doofen sind okay!

Wie im freiheitlichen Berlin der Jubel organisiert wurde

Der Augen Wille:



„Demonstranten müssen um ihr Leben fürchten.“ Mit dieser oder ähnlichen Schlagzeilen hatten sich Berliner Zeitungen schon Tage vor dem Nixon-Besuch bemüht, Meinungsbekundungen zu unterdrücken, die nicht zur geplanten Hurra-Show paßten. Daß dennoch 2000 Demonstranten vor der Gedächtniskirche den „We-Like-Nixon“-Chor störten, wurde anschließend von der Presse verschwiegen oder zur Bedeutungslosigkeit heruntergespielt. Schon eine Stunde bevor der Nixon-Wagen mit zugezogenen Vorhängen im 50-km-Tempo vorbeifuhr, hatten Polizisten Einkaufstaschen und Mappen von Passanten nach Nixon-Feindlichem inspiziert. Dennoch gelang es, aus Regenschirmen und Mänteln Fahnen und Transparente hervorzu-

ziehen, auf die sich dann die Meute der mit Parkas, Kampfhelmen, Knüppeln und Pistolen ausgestaffierten Polizisten und die Jubelbürger stürzten. Die Reaktionen waren so hysterisch, daß selbst die Junge Union Mühe hatte, ihr Spruchband „Mit Nixon und Kiesinger für die Freiheit Berlins“ zu entrollen. Als einige Demonstranten Farberwerfen und die Kommunisten Kunzelmann und Langhans Nägel auf die Fahrbahn streuten, schritt die Polizei sofort zu wahllosen Verhaftungen.

Vor der TU wurde man handfester: Nachdem dort infolge der Frustration nach mißglücktem Demonstrieren als politische Ersatzhandlung die Fahnen der Bundesrepublik und West-Berlins verbrannt

wurden, startete die Polizei einen Prügeleinsatz, bei dem Studenten durch Fensterscheiben gedrückt wurden, wobei es 25 erheblich Verletzte gab. Für Nixon hatte man fähnenschwenkende Schulkinder organisiert (in Bonn wurden Studenten per Schnelldienst für 5 Mark pro Stunde zum Jubeln angeheuert), und das Mädchen aus dem Volke drängte sich mit dem cellophanverpackten Blumenstrauß bis zum Präsidenten durch: Gemessen an der Kennedy-Visite insgesamt ein schwaches Bild. Dennoch meinte die Springer-BZ, deren Meister dem US-Präsidenten als repräsentativer Berliner vorgestellt wurde: „Eine solche Herzlichkeit Hunderttausender kann nie und nimmer „organisiert“ werden.“ Fortsetzung S. 2

Dieses Foto brachte die Presse nicht: Neubauer's Sturmtruppen schirmen Demonstranten hermetisch ab.



Durst löscht man mit Schlegel



schallplatten kaufen Sie im



Bochum



Kortumstr. 93 · Tel. 1 51 60

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

In dieser Nummer:

Büchekraten im Vormaesch
S. 2

Herr Ausbeuter
S. 2

Richter sehen rot
S. 2

Deutschlands Bekenner
S. 3

Hochschulgesetz hat Eile
S. 3

Mietwucher in Querenburg
S. 4

Für Studenten „gesperrt“
S. 4

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Kommt das Rätmodell?

Fortsetzung von Seite 1

Vorsitzender Ehmman, in den letzten Monaten vom vds-Delegiertenrat scharf angegriffen, wurde von der Versammlung dennoch mit 129 gegen 26 Stimmen bei 95 Enthaltungen entlastet.

Seit Dienstag stellt die Diskussion der Strukturfragen das einzige Tagungsthema in Köln dar. Sie sollte heute Nacht zu einem Abschluß gebracht werden. Ob es gelingt, erscheint fraglich, wenn man die heterogenen Vorschläge einzelner Hochschuldelegationen betrachtet: Während „linke“ Hochschulen wie Berlin die Projektgruppenarbeit zum Prinzip der studentischen Selbstverwaltung machen wollen, kündigt sich vor allem von den Fachverbänden her energischer Widerstand dagegen an. Die Fachverbände sind die zentralen Organisationen der Fachschaften im Rahmen des vds, und sie würden bei einer Verwirklichung der Berliner Vorschläge ihre Existenz einbüßen.

Eine Gefahr ist recht deutlich: Die Umorganisation des Verbandes kann nicht gelingen, solange nicht an den einzelnen Hochschulen die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Diese werden sich unter den gegebenen Umständen schwerlich erzielen lassen. Ob der Münchener Vorschlag, der Verbandsspitze fast alle Funktionen zu nehmen und die Arbeit zu dezentralisieren, die gebotene Lösung ist, erscheint mehr als fraglich. Er fand in der MV jedenfalls viel Widerspruch.

Gesamtplan abgelehnt

70,5 Prozent der Studenten an der Universität Stuttgart, die sich an einer Urabstimmung über den Hochschulgesamtplan des Landes beteiligten, sprachen sich gegen diesen Plan aus, weil er vor allem die Studienfreiheit erheblich einschränke. 6,86 Prozent billigten den Plan. Die übrigen enthielten sich der Stimme.

Krankenversicherung bald einheitlich?

Wie der vds und die Deutsche Studenten-Krankenversicherung (DSKV) in Bonn berichteten, sei auf einer Tagung in Berlin über das Thema studentische Krankenversicherung gefordert worden, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen.

Geplant wird eine Pflichtversicherung für alle Studenten. Die Kassen sollen auf der anderen Seite Pflichtleistungen, allgemein vorsorgende und gezielt vorbeugende Maßnahmen sowie psychotherapeutische Behandlung gewähren.

Um auch finanzschwächeren Studenten die Zahlung der Kassenbeiträge zu ermöglichen, soll die Studienförderung um die entsprechende Summe erhöht werden.

Politische Hysterie in Gerichten

Urteile gegen Studenten stehen meist außerhalb der Legalität

Daß die deutsche Justiz in Hysterie gerät, wenn sie es mit Studenten zu tun hat, haben Teufel und Langhans letztes Jahr in Berlin schon hinlänglich bewiesen. Aber auch in der Bundesrepublik flüchten sich die Richter in hilflose Machtbekundungen, wenn es darum geht, aufässige Demonstrationen zur Raison zu bringen.

Die Ordnungsstrafe im Gerichtssaal ist zum Strohalm geworden, an denen sich die richterliche Autorität bis zum letzten festklammert. Und die Tatsache, daß Richter nur ausnahmsweise auf der Höhe des Problems stehen, wird ausgeglichen durch hohe Strafen für banale Vorfälle.

In einem Studentenprozeß, so stellte die Frankfurter Rundschau

fest, gelten nicht mehr die gleichen Regeln wie in anderen Strafprozessen. Die unbestätigte Zeugnisaussage eines Polizisten gereichte dem Studenten Gerhard Paar zu einer Strafe von einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Der Angeklagte Boblenz soll mit einer Bohle bewaffnet gezielte Stöße gegen ein Polizeipferd ausgeteilt haben: 7 Monate mit Bewährung.

Landgerichtsdirektor Schmidt von der 6. Großen Strafkammer in Frankfurt äußerte in einer Urteilsbegründung den folgenschweren Verdacht, daß die Entlastungszeugen „den Angeklagten entlasten wollten“.

Wie in Berlin zu seligen Leberwurst-Zeiten wurde auch einem Frankfurter Angeklagten vorgehalten, er hätte sich, obwohl zwischen Demonstrationen und Polizei rettungslos eingeklinkt, sofort entfernen müssen: 3 Monate Gefängnis. In der dritten Instanz wurde das Urteil (3 Monate Gefängnis) gegen einen Studenten bestätigt, der bei der Belagerung der Societätsdruckerei im letzten Frühjahr einem Lastwagen die Luft aus den Reifen gelassen hatte.

Nicht wenige Richter stimmen sich aber vor der Verhandlung erst einmal ein: So der Richter Pietsch, der persönlich Presseausweise und äußere Erscheinung der Berichterstatter musterte und einen bär-

tigen Reporter vor die Saaltür zerrte.

So ein Bochumer Richter, der sich im vergangenen November weigerte, einen größeren Saal aufzusuchen, in dem alle Zuschauer Platz gefunden hätten. Die Folge: Polizeiaufmarsch, Prügelei, zersplitterte Glastüren und ein erneutes Gruseln der Bürgerpresse vor den Untaten der Studenten.

So verstärkt das autoritäre Verhalten der Richter noch die Auswirkung von längst überholten Gesetzen.

Zwar ist es längst Allgemeingut, daß die vor fast hundert Jahren geschaffenen Strafbestimmungen (Landfriedensbruch), die sich vor allem gegen die Arbeiterschaft richteten, abgeschafft werden müssen, aber die deutsche Justiz hält unverbrüchlich daran fest.

Sie hält an einem Versammlungsgesetz fest, dessen Verfassungskonformität längst angezweifelt wurde und nützt seine restriktiven Bestimmungen voll aus, um studentische „Ruhestörer“ abzuschrecken.

Den Beschränkungen der §§ 14 bis 16 des Gesetzes unterliegen nur politische Demonstrationen. Ausgenommen sind: Fronleichnamprozessionen, Wallfahrten, Kirchgänge, gewöhnliche Leichenbegänge, Volksfeste; also alles, was ruheliebenden Bürgern lieb und teuer ist.

Ha, Ho, He, die Doofen sind okay!

Bewußtseinsverneblung durch die „freie Presse“

Fortsetzung von Seite 1

In Deutschland hat sich das Recht der freien Meinungsäußerung in wichtigen Situationen an der politischen Opportunität auszurichten. Wenn Nixon nach Berlin kommt oder die CDU für den nächsten Wahlsieg eine neue Krise braucht und mit Hilfe der NPD den Kriegsmünister in der „Ostpreußen-Halle“ zum Präsidenten wählen will, dann haben politische Mißfallsäußerungen zu unterbleiben. Die ideologische Gleichschaltung vorzunehmen, die z. B. Berliner gegen ihre vitalen Interessen handeln läßt, ist die Aufgabe der „freien Presse“.

Besonders Springer hat hier schöne Erfolge erzielt, wie die Leserbriefe in seinen Zeitungen beweisen. So schreibt Frau A. K., Berlin 65: „Meine Tochter lebt im Osten, ich würde sie und ihre Familie sehr gern wiedersehen, aber mein Berlin, meine Heimat, wo ich geboren bin, verraten an die Sowjets, nein und nochmals nein, auch nicht für einen Passierschein. Die Bundesversammlung muß in Berlin stattfinden, sonst sind wir verloren; glaubt es einer alten Frau.“

Wer des Schreibens und Lesens unkundig ist, kann, dank BZ, immer noch ein guter Berliner sein: „... Andere gaben dem Präsidenten auf Transparenten zu verstehen, was sie dachten. Wieder andere, die im Malen nicht so geübt sind, hielten einfach die BZ hoch.“

Hatte Springer bei der Gegen demonstration des Senats im vergangenen Jahr die primitiven Faksimilen verdummter Arbeiter („Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen.“

„Herr Bürgermeister, machen Sie Schluß mit der Seuche“ usw.) zum „Berliner Mutterwitz“ erklärt, so gab es auch diesmal Parolen, die bewiesen, daß Berlin nicht „bei jeder kommunistischen Drohung das Zittern überkommt“. Da hätten nicht die vielen witzigen und kesseln Transparente in den Straßen sein dürfen. Den Vogel schossen zwei junge Berlinerinnen am Eingang des Flughafens Tegel ab. „Junge, komm bald wieder!“ stand auf ihrem Plakat. Ein Berliner hatte das alte „I like Ike“ abgewandelt in „Ich liebe Nixon“.

Humor in Springers freiem Westen,

ich lach' mich schippelich. Aber auch ernst-Mahnendes war erlaubt: „Entspannt uns nicht zu Tode“, forderten die Kameraden vom „Ostpolitischen Deutschen Studentenbund (ODS)“.

Daß Nixon vor ausgesuchten Siemens-Arbeitern realistisch aufforderte, nicht mehr auf die Sonne eines kalten Krieges zu bauen, nimmt die Berliner Presse kaum zur Kenntnis. Für sie stellt sich das Problem viel „menschlicher“:

„Mensch, duft, det er kommt. Wir wolln ja wissen, wie 'se zu uns stehen, die Amis“, hieß es am Reiherrand (der auf Nixon wartenden „Siemensianer“). Gegen Journalismus dieser Art hebt sich selbst das „Neue Deutschland“ wohlthuend ab. „Die Deutschen hat man entweder an der Gurgel oder auf den Knien“, stellte ein ausländischer Politiker fest. Die Reaktionäre sind in ihrer speichelleckenden Unterwürfigkeit wie im imperialistischen Zugriff — zwei Seiten einer Medaille — gleich widerlich. „Die 90 Prozent der arbeitswilligen Studenten grüßen Präsident Nixon“, hieß es auf einem Plakat staatsbehaltender Kommilitonen. Nixon wird sich die Hände gewaschen haben.

Vor der TU: Studenten wurden durch Glasscheiben gedrückt.

Die Bürokraten sind im Vormarsch

„Freiheit der Forschung und Lehre“ nur für Professoren

Selbst aus dem Wortmischmasch des SPIEGELS tauchten einmal schärfere Formulierungen auf: Der CSU-Entwurf für eine Hochschulordnung (früher wurde so etwas weniger verschleiend Disziplinarordnung genannt) überrte in seiner restriktiven Tendenz bei weitem das Hochschul-Disziplinarrecht der Athener Militärjunta. Den Studenten kommt diese Entwicklung weniger überraschend. Seit einem Jahr vergeht keine Woche, in der sich nicht Politiker

und Professoren für die „Erhaltung von Ruhe und Ordnung“ an den Universitäten aussprechen, in der sie nicht nur mit Polizeimacht drohen, sondern sie auch massiv gegen rebellierende Studenten einsetzen.

Aufgefordert, ihre Reformfreudigkeit nicht allein in Mea-culpa-Gebräuden kundzutun, sondern bei der Umwälzung der Verhältnisse an den Hochschulen selbst Hand anzulegen, besannen sich diese staatstragenden Kreise denn doch lieber wieder auf die segensreiche Ausstrahlungskraft von Polizeiknüppeln. Und ist beispielsweise immer noch kein Professor dieser Universität bekannt, der sich öffentlich davon distanziert hätte, daß auf Geheiß des Rektors 300 Polizisten die RUB stürmten, um einen zerbrochenen Fenstergriff am Dekanat der Abteilung VIII zu besichtigen und nötigenfalls anwesende Studenten zusammenzuprügeln.

Die Reaktion ist im Vormarsch. Sie kündigt sich an in den Hochschulgesetzen, in den universitätsinternen bürokratischen Maßnahmen

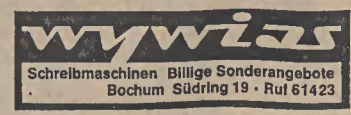
CSU-Entwurf des Würzburger Brigadegenerals der Reserve, Friedrich August Freiherr von der Heydte. Eine Gummiklausel des Entwurfs ermächtigt eine dem Kultusminister unterstehende Behörde, Studenten auf Lebenszeit von der Universität zu entfernen.

Strafwürdig erscheinen den CSU-Reaktionären praktisch alle Formen studentischen Protests. Gleichzeitig halten sie aber auch an der Doppelbestrafung von Studenten fest, die bereits von einem ordentlichen Gericht verurteilt wurden. Lebenslängliche Relegation — die einzige im bisherigen Entwurf vorgesehene Strafe — haben nicht einmal Griechenlands Oppositionelle in allen Fällen zu gewärtigen. Bayern macht's erst möglich. Allerdings vernimmt man jetzt, daß die CSU doch zu abgestuften Strafen greifen will. Derweil basteln die Länderchefs an der Einheitsregelung, die zwar abgestufte Strafen vorsieht, aber in ihren Bestimmungen nicht weniger dehnbar ausgelegt ist. Damit nicht genug, soll auch auf die Massenmedien und auf die Justiz massiver politischer Druck ausgeübt werden, um der studentischen Protestbewegung ihre Wirksamkeit zu nehmen.

Treffend erkannte der hessische Justizminister Strelitz: „Da ist nichts umstürzend Neues drin — verglichen mit dem alten Disziplinarrecht.“

Der Senat der RUB hat vor einigen Wochen eine Hochschulordnung beschlossen, die sich sehr liberal gibt und sicher mit dem geplanten Einheitsdisziplinarrecht nicht unter einen Hut zu bringen ist. Wer aber aus dieser Tatsache folgerte, die ministeriellen Absichten würden einen Proteststurm unter den Senatsmitgliedern hervorrufen, sieht sich getäuscht: Zu vermuten ist eher, daß nicht wenige Professoren die Rückkehr zum bürokratischen Terror lebhaft begrüßen werden.

Gerhard Huck



gegen „Störenfriede“ und jetzt auch in der Projektierung eines bundeseinheitlichen Disziplinarrechts. Berlins „Freie“ Universität geht schon seit langem beispielhaft voran. Im Wintersemester wurden mehrere Studenten relegiert. Zu einer dauernden Relegation eines Studenten kam es erstmals vergangene Woche in Marburg. Der Jura-Student Gerhard Nolle (SDS) wurde lebenslänglich vom Studium an der Marburger Universität ausgeschlossen.

In die gleiche Richtung läuft nun der von der Landtagsfraktion einstimmig verabschiedete bayrische

Aus Reformfurcht zurückgetreten

Dekan und Prodekan der Medizinischen Fakultät Tübingen, Prof. Walther Graumann und Prof. Fred Lembeck, sind am Dienstag unter Protest von ihren Ämtern zurückgetreten. Grund für den Rücktritt war ein Beschluß der Grundordnungsversammlung der Universität, nach dem künftig in den Beschlüssen auf Fakultätsebene die Habilitierten keine Mehrheit mehr besitzen sollen.

Die zurückgetretenen Professoren meinten, es gehe nicht an, daß die zukünftige Entwicklung der Hochschulmedizin von Nichtärzten bestimmt werde.

Kriegsdienstgegner planen Aktionen

Gegen den seit 1. März wirksamen Erlaß des Bundesverweigerungsministeriums, der Soldaten, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, bis zur rechtskräftigen Entscheidung zum Dienst mit der Waffe verpflichtet, sollen in den nächsten Wochen verstärkte Aktionen anlaufen.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer bezeichnete den Erlaß als einen „weiteren Schritt in der Faschisierungs-Eskalation (Notstandsgesetze, Vorbeugehaft, Gewissensterror in der Bundeswehr, über 200 Soldaten aus politischen Gründen)“.

AEG inszeniert kapitalistisches Lehrstück

Mit Schütz und General Franco gegen protestierende Arbeiter

Mehr als tausend Arbeiter des AEG-Turbinenwerks in West-Berlin demonstrierten am 24. Januar gegen die von der Konzernleitung beschlossene „Verlagerung“ wichtiger Produktionszweige nach Westdeutschland.

Bereits vor einigen Jahren hatte der AEG-Konzern den Generatorbau aus dem Berliner Werk mit der Begründung ausgelagert, man brauche die Kapazität für den Turbinenbau. Die Aufträge für Turbinen blieben jedoch aus, und über 400 Arbeiter wurden „hinausrationalisiert“.

Am 1. April 1969 gründeten AEG und Siemens eine gemeinsame Tochtergesellschaft, die „Kraftwerksunion“ mit Hauptsitz in Mülheim. Im Berliner Werk sollen neben der wirtschaftlich zweitrangigen Teilefertigung nur noch Gas- und Schiffsturbinen gebaut werden, während Mülheim Entwicklung, Projektion, Konstruktion und Außenmontage für alle Produkte übernimmt.

Ein Flugblatt der aus Arbeitern und Studenten bestehenden Basisgruppe Moabit stellt dazu fest:

- Die Nachfrage von Schiffsturbinen ist stark schwankend und geht langfristig zurück.
- Der Markt für Gasturbinen, deren Produktion in Berlin bleiben soll, wird von US-Konzernen beherrscht, die einen technologischen Vorsprung haben.
- Für die Teilefertigung wird kein hochqualifiziertes Personal benötigt.

Die Folgen sind abzusehen: Lohnkürzungen und Verlust von Arbeitsplätzen in naher Zukunft.

Turbinen produziert werden, wenn auch nur im Mini-Format: „Nähmaschinen“ nennen sie die Arbeiter.

Dem Regierenden Bürgermeister gab es der AEG-Vorstand schriftlich, daß keine „Führungskräfte“ aus Berlin abgezogen würden. Der Regierende vereinfachte das flott: Es müssen keine „Arbeitskräfte“ in die Bundesrepublik.

Und keiner pfeift. Man ist sogar stolz, so wacker für das Wohl der Kapitalisten zu sorgen: „Daß Ihre Dividenden fließen“, mahnt ein Kollege die versammelten AEG-Bosse, „das verdanken Sie doch nur der Arbeit unserer fleißigen Hände.“ Und er mahnt weiter: „Ein bißchen mehr deutsches Gefühl für Berlin würde uns allen gut tun.“ Da klatschen sogar die Direktoren. Das „deutsche Gefühl“ steigert sich zur gemeinschaftlichen Emphase, wenn man es noch mit antikomunistischen Ressentiments überzuckert. Das tut der Regierende Bürgermeister schon zur Genüge. Sogar ein APO-Flugblatt wird als „kommunistisch“ durchschaut: „Da ist von unserem Herrn Direktor immer nur als von dem Ludwig die Rede. Da weiß man doch gleich, woher das kommt. Sowas gehört sich doch einfach nicht.“ Der Beifallsturm schwillt an: Für das „deutsche Gefühl“ ist der Ausbeuter immer noch ein Herr Ausbeuter.

Das Spiel ist gewonnen. Man ist wieder auf den „gemeinsamen Feind im Osten“ eingeschwenkt, gegen den man zusammenstehen muß. Man spürt es aus den Gesprächen mit den AEG-Arbeitern heraus, daß sie sich plötzlich fast ein bißchen schämen, noch am Freitag so häßlich gegen ihre kapitalistischen Brüder gewesen zu sein. Man kann sicher sein: Vorerst gehen die Turbinen-Arbeiter nicht mehr auf die Straße, bis sie sich unfreiwillig auf der Straße wiederfinden. Das Lehrstück, das da von einigen Wirtschaftsbözen und Politikern in der Fabrikhalle inszeniert wurde,

scheint als Dauer-Erfolg auf dem Westberliner Spielplan zu sein. Es kommt nur darauf an, die Statisten richtig einzusetzen.

Daß der AEG-Konzern aufs Theater gern verzichtet, wenn die Verhältnisse es zur zulassen, zeigen die Vorgänge, die sich zur gleichen Zeit in einem anderen AEG-Betrieb abspielten:

Just an dem Tag, als die Berliner AEG-Arbeiter demonstrierten, verhinderte Francos Polizei eine Kundgebung der Belegschaft des AEG-Zweigbetriebs in der spanischen Stadt Tarrasa.

Wenige Tage zuvor hatte die Direktion des AEG-Betriebs zwei Arbeiter fristlos entlassen, weil sie einen Streik „angestiftet“ und die Belegschaft „tendenziös“ in bezug auf die Löhne informiert haben sollen. (Die spanischen AEG-Arbeiter, die neben höheren Löhnen auch mehr Rechte im Betrieb fordern, verdienen zur Zeit umgerechnet 1,— DM pro Stunde. Dazu der Sprecher des AEG-Vorstandes in Frankfurt, Brandt: Die AEG zahle Löhne, wie sie unter Konkurrenzverhältnissen in dem hochindustrialisierten Gebiet um Tarrasa normal seien.)

Achtundvierzig Stunden nach Ausrufung des Ausnahmezustandes durch Franco kündigte die AEG-Direktion „disziplinarische Maßnahmen“ für den Fall an, daß die Arbeiter streiken, nicht „normal“

arbeiten oder sich weigern sollten. Überstunden zu machen: „Jedwedes Zeichen, das in offensichtlicher Art gegen die Pflicht zur Normalität verstößt, würde für die Firma Grund genug sein, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen“, heißt es in einem Rundschreiben an die Belegschaft.

AEG-Sprecher Brandt: Von einer Ausbeutung der Arbeiter durch Hungerlöhne oder von einer Ausnutzung des Ausnahmezustandes könne keine Rede sein. Allerdings sei der Ausnahmezustand mit einem Lohnstopp verbunden.

- „Wir leben in einer Demokratie. Da können auch die Unternehmer hingehen, wo sie wollen.“ (Klaus Schütz)
- „Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich, ohne Beziehung auf andere Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren, das Recht des Eigennutzes. Jene individuelle Freiheit, wie diese Nutzenanwendung derselben, bilden die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Sie läßt jeden Menschen im anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden.“ (Karl Marx)

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper
Kleinstlinen
angenehm zu tragen
unsichtbar • unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service

Verkauf

Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Verräterische Eile

NRW-Hochschulgesetz ante portas

In verräterischer Eile soll nach dem Willen der nordrhein-westfälischen Regierungsparteien der Entwurf zum Landeshochschulgesetz durch das Kabinett und den Landtag geschleust werden. Wie Ministerpräsident Kühn mitteilt, läuft das Gesetzgebungsverfahren nach dem angekündigten „Fahrplan“. Inzwischen werden die Umrisse des Gesetzes deutlicher erkennbar: Die SPD-Landtagsfraktion billigte einstimmig einen Entwurf, der den Studenten nur im Konvent, dem Wahl- und Satzungsorgan, Drittelparität zugestehen. In allen anderen Entscheidungsorganen, vor allem im Senat und in den Fachbereichsversammlungen, sollen Professoren, Assistenten und Studenten im Verhältnis 5:3:2 vertreten sein. Der künftige Konvent wird zwar etwas bedeutender sein als der gegenwärtige Konvent der Ruhr-Universität, aber er wird nur in größeren Zeitabständen tagen, während die laufende Arbeit der akademischen Verwaltung vor allem durch den Senat bewältigt wird. An die Stelle des Rektors soll in Zukunft ein Hochschulpräsident treten, der auf sechs Jahre gewählt und von der Regierung ins Beamtenverhältnis auf Zeit berufen wird. Berücksichtigt man die Aufwertung der Schaltzentralen der akademischen Verwaltung, so kann die Beteiligungssquote der Studenten in diesen Entscheidungsgremien nicht als Verbesserung der bestehenden Unterprivilegierung gewertet werden. Es muß infolgedessen bezweifelt werden, daß der SPD-Entwurf die Funktion erfüllt, die ihm Fraktionsvorsitzender Rau zuschrieb, nämlich zwischen den Gruppen der Universität zu vermitteln. Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, bedeutet nichts anderes als die Übertragung der gegenwärtigen Herrschaftsausübung der professoralen Oligarchie auf neugeschaffene Institutionen. Nichts neues also in NRW: In ähnlicher Weise denken auch schon die Hochschulgesetze anderer Länder dazu, die Universitätsverwaltung effektiver zu machen, ohne an den undemokratischen Zuständen in den Entscheidungsgremien etwas zu ändern. „Reform“, die von den Herrschenden selbstgeschaffene Aura der Fortschrittlichkeit, schwebt über all diesen Gesetzen, in der Praxis wird sie aber für die Studenten keine andere Konsequenz haben, als daß ein Biedenkopf, den man kaum ein halbes Jahr lang ertragen mochte, künftig sechs Jahre lang regieren wird. Mit ihm regiert ein Senat, in dem Studenten aus eigener Kraft nach wie vor keine Mehrheiten in kontroversen Angelegenheiten durchdrücken können. Gleichzeitig wird aber die Position der studentischen Selbstverwaltung geschwächt, indem man sie ihrer derzeit effektivsten Organisationsform beraubt. Eine Zwangsmitgliedschaft in der „Studentenschaft“ wird es nicht mehr geben. Schriftliche Austrittserklärungen aus der Studentenschaft nimmt der Hochschulpräsident dankend entgegen. Zum Ausgleich dafür wird die Regierung nicht verfehlen, den Studenten ihren Gesetzentwurf dadurch zu versüßen, daß man fürderhin auf die Erhebung der Studiengebühren verzichtet. Ungeschick kann man unseren Regierern wahrhaftig nicht vorwerfen: Die Öffentlichkeit, entsprechend informiert, wird sich demnächst, die 15 Millionen „geschenkter“ Gebühren im Auge, noch kräftiger darüber erregen, daß es an den Universitäten keine Ruhe geben will. Denn dieses Gesetz wird Widerstand bei den Studenten hervorrufen. Freilich wird der Widerstand neue Wege suchen müssen, nachdem die Verabschiedung des Gesetzes den immer noch vorwiegend verbalen Begehren der Studenten einen Schlußpunkt gesetzt hat. Dieses Gesetz ist gleichzeitig Konsequenz und Abschluß des illusionären Versuchs vieler Studentenfunktionäre, auf dem Weg der Diskussion oder der parteiinternen Einflußnahme „das Beste herauszuschlagen“, denn es wird für lange Zeit das „Beste“ sein, das sich Studenten als freiwilliges Zugeständnis der Regierung zu erhoffen haben. —ck

Der Elfenbeinturm und die Macht (II)

Daß der Nationalsozialismus von den angeblich apolitischen deutschen Universitäten zum Teil enthusiastisch begrüßt wurde, ist nach der Pionierarbeit, die Deutschlands Professoren jahrzehntlang einem Adolf Hitler geleistet hatten, nicht weiter überraschend.

Selbst „überzeugte Humanisten“ wie Flitner, Kerschensteiner, Litt und Spranger hatten schon 1931 dem faschistischen Pädagogen Ernst Kriek Schützenhilfe geleistet. Auch 1945 behauptete Spranger noch, die pro-faschistische

Braune Universität

1926 hatten sich kaum 70 Universitätsprofessoren mehr bereitgefunden, den Weimarer parlamentarischen Parteienstaat zu verteidigen.

Dagegen legten im Oktober 1933 rund 1000 Hochschullehrer freiwillig ein „Bekenntnis der Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ ab. Das humanistische Bildungsideal mußte angesichts des fehlenden rationalen Verhältnisses der Gelehrten zu gesellschaftlichen Phänomenen zur Fiktion werden. Die Majorität deutscher Professoren, in blindem Ständedenken verwurzelt, pflichtete den Anschauungen jener zahlreichen vaterländischen Kollegen bei, die in Vorlesungen und Festtagsreden den Geist des schieren Nationalismus verkörperten, die das Credo der wehrhaften Macht und der großdeutschen Sendung, das Bekenntnis zum ständischen Staat und zur heroischen Führergestalt predigten und dabei die Verachtung öden Massegeistes und demokratischer Gleichmacherei lehrten. In ihrem Denk- und Lehrrepertoire fanden sich alle Begriffe romantischer Gesellschaftsvorstellungen und irrationaler Reichsverheißung.

Darin lag gerade das Verderbliche der professoralen Haltung: Die Gelehrten taten ihre Animosität gegen das Ordnungssystem der Republik und ihre Parteiführung nicht als subjektiven Widerwillen kund und stellten dagegen nicht politische Argumente zur Diskussion, sondern sie verkleideten als Resultate wissenschaftlicher Erkenntnis zu Fragen der Nation, was nur aus Ressentiment und Emotionen geboren war. Wo die deutschen Professoren einen Weg zu politischer Besonnenheit, Rationalität und Humanität hätten weisen sollen, legitimierten sie die übelsten politischen Schreier, Demagogen und Chauvinisten durch die Weihe der Wissenschaftlichkeit.

So kam der Heidelberger Geheime Hofrat Heinrich Rickert, einer der führenden Vertreter idealistischer Philosophie in Deutschland, in seiner Arbeit „Grundprobleme der Philosophie“ 1934 zu der verblüffenden Gebrauchsanweisung: „Falls des Deutschen Weltanschauung mit dem, was ‚Forderung des Tages‘ ist, nicht übereinstimmt, hat er seine Ansichten der historischen Situation anzupassen.“

Arnold Gehlen bekannte 1934: „Der Staat ist die vorentscheidende Gewalt für den engen Spielraum der Entschlüsse aller, die in ihn hineingeboren werden. Volkstum und Rasse die vorgegebenen Konstanten zu einem erstaunlich weiten Bereich der Daseinsbezüge und Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen.“

Wohl dem, der sich solchen Einsichten fügte; er war ein idealer Bürger des völkisch-totalitären Staates. Der Nationalsozialismus brauchte sich demnach um die

philosophische Rechtfertigung seiner Praxis nicht zu bemühen.

Wenn bereits der Wertbegriff der Philosophen sich auf die Erfordernisse des Dritten Reichs einpendelte: Für die Germanisten lag es noch viel näher, ihn als die Aufrechterhaltung deutschen Volkstums zu huldigen. Der deutsche Staat aus der Kraft deutschen Volkstums, das Dritte Reich aus der Verheißung mittelalterlicher Mystik; das Ganze bewußt errichtet im Gegensatz zu westlicher Vernünftigkeit und aufklärerischem Materialismus: darin lag für die Deutschwissenschaftler eine ungeheure Faszination.

Der Berliner Ordinarius Julius Petersen schilderte „Die Sehnsucht nach dem Dritten Reich in deutscher Sage und Dichtung“ und jubelte 1934: „Nun ist das Morgen zum Heute geworden; Weltunter-

gehen Aktivität eines großen Teils der deutschen Studentenschaft vor 33 sei „in ihrem Kern echt“ gewesen.

Der Ordinarius für mittelalterliche Geschichte, Walter Goetz, resignierte: „Es war eine vollkommen vergebliche Sache, an der Universität gegen den Nationalsozialismus aufzutreten, denn ein erheblicher Teil der Dozentenschaft neigte den Ideen dieser radikalen Rechtspartei zu oder hatte keinerlei Lust, sich gegenüber der sichtbar aufsteigenden neuen Macht die Finger zu verbrennen.“

büchern“: „Die völkische Geschichtsauffassung bekennt sich zu einer bewußten Einseitigkeit. Wir fordern von jedem Historiker völkische Gesinnung. Es darf in Zukunft nur noch politische Historiker geben.“

In anderen Wissenschaftszweigen erlitten Wahrheits- und Wertbegriffe ähnliche Defekte: In Medizin und Biologie fanden faschistische Theorien vom Lebensrecht des Menschen Anklang und bereiteten die Ärzteschaft auf das Euthanasie-Programm vor.

Selbst in den Naturwissenschaften wurden völkische Grundlagen entdeckt. Nobelpreisträger Philipp Lenard, unterstützt von seinem Nobel- und Fachkollegen Johannes Stark, verfocht eine „Deutsche Physik“, derzufolge die Relativitätstheorie auch deshalb falsch sein

binnen weniger Jahre von der akademischen Tagesordnung. Zunächst in aller Stille, eingangs der fünfziger Jahre bereits in aller Ungelehrtheit, restaurierten die westdeutschen Hochschulen ihre innere hierarchisch-autoritäre Struktur und ihr elitäres gesellschaftsfremdes Selbstverständnis.

Wieder einmal konnten sich die Professoren auf das Ansehen stützen, das die Deutschen ihren Hochschullehrern über die Katastrophe hinweg bewahrten, und wissenschaftliche Lauterkeit als geistige und moralische verkaufen. Aber ebenso wie die Professoren in der Weimarer Zeit, in rückwärts gewandten Denkgewohnheiten und politischen Traditionen befangen, zu Geburtshelfern des Dritten Reiches geworden waren, erwiesen sie sich auch nach dem 2. Krieg als unfähig, einen Beitrag zur Demokratie in Hochschule und Gesellschaft zu leisten.

Die Professoren haben es nach 45 versäumt, sich vom Widerspruch einer antiquierten, undemokratischen Hochschule gegenüber den Zeiterfordernissen zu befreien. Daß die hierarchische Struktur der Hochschule Ursache des Übels ist, werden die Ordinarien, primär ihrem Interessenstandpunkt verpflichtet, nicht anerkennen: Da wird von „Freiheit von Forschung und Lehre“ geschwätzt, wenn es darum geht, demokratische Mitbestimmung fernzuhalten. Während man NS-Studentenverbände gern tolerierte, tönt heute der professorale Schrei nach polizeilichem Vorgehen gegenüber Studenten, die Demokratie an der Hochschule verwirklichen möchten, so laut, daß es selbst einen Mann wie Kiesinger anwidert.

Da steigt niemand auf die Barrikaden, wenn in Bochum der NS-Erzieher Wenke (in welchem Beruf hätte man sich während der Hitlerzeit mehr kompromittieren können?) zum Ehrensensator der Universität gekürt wird. Demokratischen Initiativen werden hohle Phrasen oder blanke Heuchelei entgegengesetzt.

Nach dem Dutschke-Attentat sprach der Theologe und damalige Rektor der RUB, Greeven, von Fehlern und Schuld. Als kurze Zeit später Bochumer Studenten gegen die Berufung des rechtsradikalen Professors Kesting durch ein go-in protestieren, beschimpfte Greeven die beteiligten Studenten und brüllte: „Wann diskutiert wird, bestimme ich.“

Als im vergangenen Semester die Staatsrechtslehrer in Bochum tagten, fanden sie es unerträglich, daß Studenten durchs Fenster dem ertauchenden Treiben zusahen. Man zog um in die Verwaltungsakademie und fand, die wissenschaftliche Diskussion werde durch die Präsenz einer Hundertschaft Polizei nicht beeinträchtigt: Die Ergebnisse kann man nachlesen („Studentische Mitbestimmung ist grundsätzlich Fremdbestimmung“ usw.).

Gewiß sind nicht alle Professoren in der Kanalisierung studentischen Protests so geschickt wie Rektor Biedenkopf, hervorragend ist die fast durchgängige Unfähigkeit, demokratische Alternativen zu entwickeln und im Bereich der Hochschule zu praktizieren.

H. P. Bleuel hat ein notwendiges Buch geschrieben. Zum einen räumt er mit dem verlogenen Mythos einer vorgeblich „unpolitischen Universität“ auf und legt in historischer Darstellung die Wurzeln des reaktionären Übels frei, zum anderen trägt dieses Buch dazu bei, subjektive Erfahrungen an der Hochschule zu objektivieren und politisch zu verstehen. Bleuels Engagement ist das des Dokumentaristen. Er zieht keine politischen Folgerungen, aber die Lektüre seines Buches legt die notwendige Alternative zwingend nahe: Zerschlagt die bürgerliche Klassenuniversität und errichtet eine genossenschaftliche Hochschule, deren Mitglieder Demokraten sein dürfen!



H. P. Bleuel:
„Deutschlands
Bekannter“,
Scherz-Verlag,
19,80 DM

gangsstimmung hat sich in Aufbruch verwandelt; das Endziel tritt ins Blickfeld der Gegenwart. ... Das neue Reich ist gepflanzt. ... Der ersetzte und gewissagte Führer ist erschienen.“

Für Ernst Bertram, den Freund Thomas Manns, bedeutete 1933 das Sonnenwendjahr, für Hans Nannmann, dessen Bonner Alma mater unter Beihilfe des heute noch in Bonn lehrenden Hugo Moser Thomas Mann den Titel des Ehrendoktors entzog, war 33 „Wandlung und Erfüllung“. Natürlich fühlten sich Germanisten auch berufen, den Flammeneinsatz bei Bucherverbrennungen zu sprechen.

Wie Philosophen und Philologen reduzierten auch Historiker ihren Erkenntnisraum auf den Boden des Volkes. So schrieb Erich Keyser in den „Preußischen Jahr-

mußte, weil sie der Jude Einstein aufgestellt hatte.

Hervorragende Juristen gaben sich zur Begründung und Auslegung der nationalsozialistischen Rechtspraxis her. Besonders den Theologen aber kam die NS-Zeit gelegen, fanden sie doch in den irrationalistischen Phrasen das Pendant zu ihrem Wissenschaftsgegenstand.

Während die Professoren in der Weimarer Zeit den Staat mit allen Mitteln bekämpften, gegen die „Gleichmacherei des Demokratismus“ zu Felde zogen (ebenso wie heute der CDU-Propagandist Prof. Götz Briefs), nahmen sie nach 33 fast ohne Widerspruch hin, wie der Staat die Autonomie der Hochschule abschaffte (ebenso wie sie es heute fast ohne Widerspruch hinnehmen werden), erhoben die Liberalen, die vor 33 aus „Kollegialität“ ihre Nazi-Kollegen deckten, nach 33 kaum Protest, als über 30% der gesamten Hochschullehrerschaft (Juden und Demokraten) von den Universitäten vertrieben wurde. Wen wunderte dies noch? Waren und sind die Mehrzahl der deutschen Professoren von Heidegger bis Stoltenberg Apologeten der reaktionären Gewalt.

Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten fand nach dem 2. Krieg nicht statt.

Westdeutschlands Professoren lösten sich mit beklemmender Verständnislosigkeit von ihrer jüngsten Vergangenheit und knüpften mit unfassbarer Bedenklosigkeit an ihre Vorvergangenheit. Die Diskussion um die Rolle der Universität im Dritten Reich schwand

Deutschland, deine Unzucht (I)

Hilmar Hoffmann contra Gustav Heinemann

Im Deutschen Strafgesetzbuch gibt es einen § 184, der „Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe“ dem androht, der „unzüchtige Schriften verbreitet oder durch Ausstellen, Anschlag, Vorführen oder in anderer Weise sonst allgemein zugänglich macht“. Kontrovers zu dieser Bestimmung garantiert der Artikel 5 (1) Grundgesetz: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. ... Eine Zensur findet nicht statt.“ Und Absatz (3) desselben Artikels versichert: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

Nicht erst seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es in Deutschland,



Hilmar Hoffmann

wo Pornographie im bürgerlichen Bewußtsein auf einer Stufe mit Mord und Staatsverrat steht, über Jahre laufende Prozesse, Querelen und Grundsatzzurteile. Erinnert sei an Jena 1799, wo Schlegels „Lucinde“ als „obszön“ gebrandmarkt wurde, an die Berliner Anklage von 1920 gegen Schnitzlers „Reigen“ und an den Krach um Genets Perversions-Apotheosen. Verurteilt wurden Sachverhalte, die uns heute — bei einem scheinbar „aufgeklärtem“ Bewußtsein — grotesk und lächerlich erscheinen.

Wenn es — wie im Falle Genet — nicht zu einer Verurteilung kam, dann nur, weil eine Phalanx renommierter Künstler und Wissenschaftler auftrat und — oft gegen bessere Einsicht — versicherten, daß das Beanstandete „Kunst“ und nicht „Pornographie“ sei. Solche Versicherungen aber sind — auch wenn sie meist in der besten und liberalsten Absicht abgegeben wurden — nichts anderes als eine peinliche Notlüge. Denn: jeder Wissenschaftler oder Künstler, der nur einigermaßen ernst genommen werden will, muß sich bei der zumindest seit 1945 vorliegenden permanenten Auf- und Umbruchsituation der Künste weigern, apodiktisch feststellen zu können, was „Kunst“ sei und wo deren Grenzen liegen.

Namhafte Juristen und Künstler sind sich darüber einig, daß nur eine ersatzlose Streichung des Relikts 184 der Situation gerecht werden kann. 1968 formulierte der angesehene Kölner Strafrechtler Prof. Dr. Klug angesichts der ungeheuer peinlichen mit dem § 184 motivier-

ten Polizeiwirkung im Kölner „Underground“ „Kino X-Screen seine Forderung, diesen Paragraphen zu liquidieren.“

Hilmar Hoffmann, Mitglied der SPD, Filmwissenschaftler an der Ruhr-Universität, Kulturdezernent der Stadt Oberhausen und Leiter der „Westdeutschen Kurzfilmtage“, ein Mann, dem „Liberalität“ nicht nur ein Schlagwort ist und der bei den Oberhausener Vorgängen um „Besonders Wertvoll“ die unsinnigen Konsequenzen aus einem solchen Paragraphen unmittelbar erfährt, schloß sich diesem Protest an. In einem Brief an den SPD-Genossen und Bundesjustizminister Heinemann schrieb er — als Filmwissenschaftler an der RU — unter anderem:

„Wer schützt eigentlich diejenige vor der gerichtlichen Verfolgung, die die Freiheit der Kunst verteidigen? Ich bin der Meinung, daß die Freiheit der Kunst auch vor dem Gesetz unteilbar ist, erst recht, wenn der zuständige Paragraph gemessen an der gesellschaftlichen Entwicklung nur mehr als Anachronismus gelten kann. ... Die Kunst darf im Strafgesetzbuch keine Grenzen finden, die innerhalb des Kunstwerks selbst nicht liegen. ... In der Hoffnung, daß bei der von Ihnen initiierten großen Strafrechtsreform der mit dem Artikel 5 des Grundgesetzes flagrant kollidierende § 184 als mit einer freiheitlichen Demokratie unvereinbar ersatzlos gestrichen wird, bin ich ...“

Die Antwort des Bundesjustizministers, SPD-Genossen und Prä-

sidentschaftskandidaten Gustav Heinemann kam — sollte das bezeichnend sein — nicht an den Filmwissenschaftler, sondern an den Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann. Sehr freundlich, doch ebenso unverbindlich am Kernproblem vorbeigehend schrieb Heinemann: „Die Freiheit der Kunst liegt auch mir besonders am Herzen. ... Insgesamt glaube ich, daß die neuere Entwicklung in der Rechtsprechung durchaus auf dem Wege ist, den Belangen der Kunst gebührende Rechnung zu tragen. ... Eine ersatzlose Streichung des § 184 StGB scheint mir dagegen kaum eine Lösung zu sein. Ich darf hier nur auf das Problem der Pornographie hinweisen; hier liegen die Dinge doch wesentlich anders als auf anderen Gebieten des Sexualstrafrechts. ... Hier wird der Bürger ungefragt und rücksichtslos mit Dingen konfrontiert, die er mit Fug und Recht der Intimsphäre zurechnen darf. ... Ich würde es begrüßen, wenn in einer von beiden Seiten unvoreingenommenen Weise bei der kommenden Reform gemeinsam nach Wegen gesucht würde, die die Freiheit der Kunst in gebührender Weise sichert.“

Das Problem ist mit Bravour umgangen; Gott und die deutsche Universität gebe ihm skrupellose Wissenschaftler, die nicht zögern, zu verkünden was „Kunst“ sei — damit der Bürger in seiner Intimsphäre geschützt bleibt.

Peter Kress
In der nächsten BSZ: II. Die freiwillige Film-Selbstkontrolle

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Oberbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25



BSZ-Leser antworten

Liebe Studenten!
Nun laßt mal endlich diese Revoluzzerei!
Nur bei Verstand kann die Reform gelingen.
Wirkt mit bei Kompromissen!
Das ist klug!
Verehrte Professoren!
Nun laßt mal endlich diese Flügelstuterei!
Die Freiheit braucht zum Flügelwerden Schwingen!
Studenten sind zum Wählen alt genug!

Liebe Kollegen!
Da an unserer Hochschule großes Interesse an den hochschulpolitisch interessanten Nummern Eurer Studentenzeitung herrscht, ersuchen wir Euch, falls es möglich ist, so freundlich zu sein, und uns diese Nummern zuzusenden. Wir bitten aber außerdem um die Zusendung der neu erscheinenden Nummern.

Mit herzlichen Grüßen
Österreichische Hochschülerschaft
(Wolfgang Stickler) e. h.
Vorsitzender Stellvertreter

Erich Schulte-Berge
Marl

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Probchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a



ADOLF LOEWE

Büromaschinen • Möbel • Organisation
Bochum • Kortumstraße 95 • Ruf 1 60 41



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Ordinarius“ sogar recht. Jeden Menschen kann es ereignen, daß er krank wird, wenn die Daseins-Gesetze es so wollen. Was beruhigend, wenn man weiß, daß man auch krank sein kann. Und außerdem noch ein Krankengeld zahlt! Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01

Berating: Deutsche Krankenkassen-Versicherungs-A.G., Filialdirektion Bochum, 4620 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46-48



was trinken wir?

Schultheiss
Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS

20.00 DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau Do. 6. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Fr. 7. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Sa. 8. 3.
20.00 WIR BOMBARDIEREN REGENSBURG v. Heller Zum letzten Mal So. 9. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Mo. 10. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Di. 11. 3.
20.00 TANGO von Mrozek Mi. 12. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Do. 13. 3.
20.00 TANGO von Mrozek Fr. 14. 3.
20.00 DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau Sa. 15. 3.
20.00 TANGO von Mrozek So. 16. 3.
20.00 GASPARONE von Molière Mo. 17. 3.
20.00 TANGO von Mrozek Di. 18. 3.
20.00 NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser Mi. 19. 3.
20.00 10. HAUPTKONZERT Do. 20. 3.
20.00 10. HAUPTKONZERT Wiederholung Fr. 21. 3.
20.00 DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau Sa. 22. 3.
20.00 PROZESS IN NURNBERG von R. Schneider, g. V. So. 23. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Mo. 24. 3.
20.00 TANGO von Mrozek Di. 25. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Mi. 26. 3.
20.00 DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau Do. 27. 3.
20.00 DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau Fr. 28. 3.
20.00 DER TEUFELSSCHÜLER von Shaw Sa. 29. 3.
20.00 TANGO von Mrozek So. 30. 3.
20.00 NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser Mo. 31. 3.

SPIELPLAN
für die Zeit
vom 6. bis 31. März 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

KAMMERSPIELE

20.00 6. KAMMERKONZERT
20.00 DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00 DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00 PROZESS IN NURNBERG von R. Schneider
20.00 DER EINGEBILDET KRAKE von Molière Zum letzten Mal
20.00 EIN TAG IM STERBEN VON JOE EGG von Nichols
20.00 TABULA RASA von Sternheim

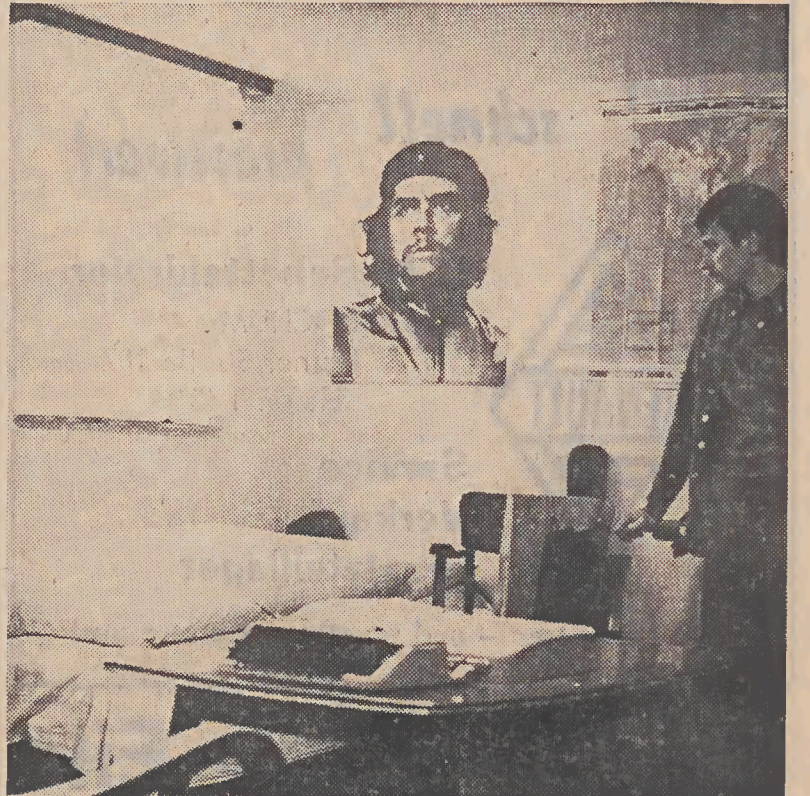
g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Studenten wird nicht erst bei Liebe gekündigt „Die reinste Hurenbude“ in der Voßstraße 17 aufgefliegen

Wie schutzlos Studenten ihren Vermietern ausgeliefert sind, konnten wir diesmal ganz persönlich erfahren. Nach langem Suchen fanden wir endlich Anfang Januar ein Zimmer in der Voßstr. 17 (bei der Hebamme Frau Hoffmann) unweit der Uni. Doch wir mußten in Kauf nehmen, zu zweit auf ungefähr 20 qm zu wohnen — und die Nähe der Uni teuer zu bezahlen. Der Komfort war überdies überwältigend: das Zimmer war ein ehemaliger Trockenkeller (kaum Tageslicht); als Kochstelle fanden wir eine ausgediente Nähmaschine vor (Kochplatte, Besteck und Geschirr waren natürlich mitzubringen); ein Waschbecken mit Warm- u. Kaltwasserhahn war im Zimmer installiert, doch Warmwasser war wohl in Hinblick auf studentische Abhärtung abgestellt; die Heizung war nur von der Wohnung der Vermieter aus zu regulieren (ein wirkliches Repressionsinstrument); äußerste Sparsamkeit mit dem Strom wurde sich ausbedungen (sonst Mieterhöhung!); als Schreibtisch diente uns ein alter Wohnzimmertisch (Lampen waren mitzubringen!).

Weiteres Inventar: ein alter Korb- sessel, ein Sessel mit stark verschmutztem, scheinbar grünem Überzug, ein altes, braun angemaltes Bett, eine halbausgefallene Liegecouch, ein klappiger und daher nicht abschließbarer Kleiderschrank, ein ausgedientes

Sideboard als Ablage für Kleinsachen, ein alter Teppich, ein billiger kunststoffbezogener Couchtisch, der erst angefordert werden mußte; die Toilette war durch eine dünne Steinplatte vom übrigen Kellerflur abgeteilt, war aber nicht abschließbar, zum andern war das Verweilen darauf eine „wackelige Angelegenheit“! (Vorsicht! Umsturzgefahr!); und der gesamte Spaß nicht für 120,— DM, nicht 140,— DM, sondern sage und schreibe nur 160,— Deutsche Mark = 8 DM pro qm! (obwohl 150,— DM vorher vereinbart waren). Besuch war nicht gern gesehen, weil dieser Mehrarbeit bedeutete (Reinigung). Das Unbehagen der Vermieter wurde am Samstag, dem 22. Februar 1969, 21.30 Uhr, sinnlich wahrnehmbar. Zum ersten Male, seitdem wir unsere Komfortwohnung mieteten, gaben wir eine Fete. Wir waren etwa 12 Personen, allerdings keine zünftigen „anständigen“ Burschenschaftler (wie unser Vorgänger!). Plötzlich ein lautes Klopfen an der Tür, von uns ein „Herein“ und schon stürzten sie herein, die gesamte Hoffmann-familie war angetreten und schrie wie von einer Platte: „Das ist ja die reinste Hurenbude! ist schlimmer als im Kaninchenstall! alles raus hier! man sollte die Sittenpolizei holen! usw. ...“ Man fühlte sich in Pogromstimmung! Zum 1. März wurde uns gekündigt. Harry Jablonowski



8,— DM pro qm sind ein stolzer Preis für einen Kellerraum. In den Lichtschächten vor den „Fenstern“ waren Neonröhren angebracht, um eine Illusion von Tageslicht zu vermitteln ...

Die BSZ Berichtete

in der letzten Nummer in Wort und Bild von der Einzelkämpfer-Aktion des Kommilitonen Hajo Mulsow gegen den Fraktionsvorsitzenden der Christenunion Rainer Maria Barzel am 1. Februar vor der Mensa der Bochumer Universität. Die Bochumer Justiz will jetzt unverständlicherweise nicht den von uns aufgedeckten Attentatsversuch hart aber gerecht ahnden (Vergl. Foto in BSZ Nr. 38), sondern, wir zitieren den Wortlaut:

„Herrn Heio Mulsow

Ihnen wird vorgeworfen, auf dem Gebäude der Ruhr-Universität Bochum ein Verkehrszeichen a) gerissen und b) entfernt zu haben, entschieden zurück. Mir wird 2. vorgeworfen, die AUSFAHRT ZUR MENSA versperrt zu haben. Eine AUSFAHRT ZUR MENSA setzt voraus, daß ein anderes Gebäude oder ein Platz o. ä. a) direkt mit der Mensa durch eine Verkehrsverbindung verbunden ist und daß b) von dieser Stelle aus eine Ausfahrt zur Mensa existiert. Das ist in Bochum nicht der Fall: Ich kenne in Bochum keine AUSFAHRT ZUR MENSA, bin auf einer solchen auch nie gewesen. Auch den zweiten Vorwurf weise ich entschieden zurück. Es steht in Ihrem Ermessen, Anzeige wegen Verleumdung gegen denjenigen zu erstatten, der diese aus der Luft gegriffenen, aber doch recht lustigen Anschuldigungen gegen mich erhoben hat. Sollten Sie dazu meine Zustimmung benötigen, so sei diese hiermit erteilt.“

„Lieber Herr Staatsanwalt! Vielen Dank für Ihre Einladung, zu deren Inhalt ich hier kurz Stellung nehmen möchte. Mir wird vorgeworfen, AUF DEM GEBÄUDE der Ruhr-Universität ein Verkehrszeichen AUS DER ERDE gerissen und entfernt zu haben.

1) Mir ist nicht bekannt, und ich kann es mir auch nicht vorstellen, daß die Ruhr-Universität nur aus einem Gebäude besteht.
2) Mir ist fernerhin nicht bekannt, und ich kann es mir beim besten Willen nicht vor-

stellen, daß auf dem Gebäude ein Verkehrszeichen existiert.

3) Mir ist auch nicht bekannt — und ich halte auch das für nicht wahrscheinlich, aber vielleicht für möglich — daß auf dem einem Gebäude der RUB Erde aufgeschüttet worden ist, aus der man ein Schild hätte ausreißen können, oder sollte das betreffende Gebäude unterirdisch angelegt sein?

Ich weise also die Vorwürfe, ein Verkehrszeichen AUF DEM GEBÄUDE der RUB AUS DER ERDE a) gerissen und b) entfernt zu haben, entschieden zurück. Mir wird 2. vorgeworfen, die AUSFAHRT ZUR MENSA versperrt zu haben.

Eine AUSFAHRT ZUR MENSA setzt voraus, daß ein anderes Gebäude oder ein Platz o. ä. a) direkt mit der Mensa durch eine Verkehrsverbindung verbunden ist und daß b) von dieser Stelle aus eine Ausfahrt zur Mensa existiert. Das ist in Bochum nicht der Fall: Ich kenne in Bochum keine AUSFAHRT ZUR MENSA, bin auf einer solchen auch nie gewesen. Auch den zweiten Vorwurf weise ich entschieden zurück. Es steht in Ihrem Ermessen, Anzeige wegen Verleumdung gegen denjenigen zu erstatten, der diese aus der Luft gegriffenen, aber doch recht lustigen Anschuldigungen gegen mich erhoben hat. Sollten Sie dazu meine Zustimmung benötigen, so sei diese hiermit erteilt.“

Mit Wallraff gegen Kommiß

„Die Bundeswehr ist umstritten. Zu Recht. Regierung, Großindustrie und Generalität machen sich Sorge darüber, daß ihre „Kampfkraft“ nicht auf den gewünschten Stand komme oder gar nachlassen könnte, weil immer mehr Jugendliche den Kriegsdienst verweigern und auch in der Truppe ein kritischer Geist um sich greift, der den Militaristen in Uniform und Zivil nicht gefällt.

In der Bevölkerung wiederum haben diejenigen, die die Demokratie in unserem Lande für bedroht halten, die Sorge, daß die Bundeswehr zum Werkzeug der Ewiggestrigen hochgezüchtet wird.“

Der Schriftsteller H. Günter Wallraff, der durch seine Industrie-reportagen bekannt und von gewissen Leuten angefeindet wurde, bittet aus dieser Sorge um Mitarbeit an seinem nächsten Buch, das der Öffentlichkeit zeigen soll, was hinter den Kasernentoren wirklich praktiziert wird.

Informanten werden gebeten, ihre Berichte an H. Günter Wallraff, 5 Köln-Weidenpesch, Hildebrandstr. Nr. 3, zu schicken. Sie erhalten innerhalb von 14 Tagen eine Eingangsbestätigung.



Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

Druckhaus Schürmann & Klagges

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81-83

Für Studenten „gesperrt“ Nicht jedes Buch kann benutzt werden

Am Eingang der Universitätsbibliothek liegt ein Verzeichnis aus: „Ausgeliehene Bücher und Sperrungen“. Als „gesperrt“ werden etwa 4000 Titel ausgewiesen. Diese Bücher, so wird von der Universitätsverwaltung behauptet, seien Professoren zur Zusammenstellung von Seminarapparaten für ein Semester zur Verfügung gestellt worden. Tatsächlich aber sind viele Bände bereits seit 1966 bzw. 1967 „gesperrt“ und bereichern die privaten Bibliotheken bzw. die Handbibliotheken in den Dienstzimmern der Professoren.

Die Ordinarienuniversität demonstriert ihre Privilegien angesichts der ungleichen Verfügungsmöglichkeiten über die wissenschaftlichen Hilfsmittel. Professor Hoepfener hat es immerhin fertiggebracht, rund 500 Bücher auszulagern. Es soll hier keineswegs unterstellt werden, daß dies zu privatem wissenschaftlichen Gebrauch geschah. Tatsache ist jedoch, daß dem Studenten XY diese Arbeiten nicht zugänglich sind, es sei denn, nach Rücksprache mit dem entsprechen-

den Professor wurde freundliche Einsichtnahme gewährt.

Doch nicht nur Professoren sind „sperrungsberechtigt“, sondern auch höhere Chargen der Verwaltung. Herr Maruhn zum Beispiel als Referent für Rechtsbücher und Justitiar der RUB, pflegt wichtige juristische Kommentare, die mit der Signatur der Universitätsbibliothek versehen sind, in seinem Dienstzimmer aufzubewahren. Studentische Belange spielen für ihn keine Rolle. Beispiel: Ein Student benötigte für seine bevorstehende Examenklausur einen Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung. Er bestellte das ausgeliehene Buch vor. Am 20. Februar wurde er von der UB benachrichtigt, das bestellte Buch liege für ihn zur Abholung bereit. Als der Student erschien, wurde ihm mitgeteilt, der Kommentar sei innerhalb der Abholungsfrist von Herrn Maruhn „gesperrt“ worden und befände sich in Dienstgebrauch.

Bücher klauen gehört zu den unsozialsten Verhaltensweisen an der Universität.

Kein Geld mehr für den SHB

Die traurigen, müden und stets anpassungsbereiten Väter und Großväter, die sich hierzulande immer noch als Sozialdemokraten bezeichnen, wollen einmal mehr „finanzielle Schritte“ zur Disziplinierung ihrer als radikal empfundenen Studentenorganisation unternehmen. Besonderen Zorn hat sich das SHB-Blatt „frontal“ zugezogen, weil es gegen die von der SPD plagierte und propagierte „Vorbeugehaft“ zu Felde zog, mit deren Hilfe

die „Volkspartei“ listig das NPD-Wählerreservoir anzuknabbern gedachte.

Nachdem bereits seit Godesberg SPD-Mitgliedschaft und sozialistische Gesinnung als unvereinbar gelten (1960 erfolgte die Lösung vom SDS, verbunden mit Parteiausschlüssen gegen linke Professoren und Gewerkschaftler), werden sich die staatstragenden Proleten aus der Bonner Baracke abernach einer neuen Studentenorganisation umsehen müssen. Vorarbeit hierzu wurde schon geleistet, als man vor geraumer Zeit die Mitglieder der schlagenden Korporationen zum Parteieintritt aufforderte.

Dieser Anbiederungsversuch stellt heute keine mögliche Alternative mehr dar: Die hochschulpolitischen Vorstellungen der Burschenschaften müssen in den Ohren von SPD-Politikern zweifellos „radikal“ klingen.

Wie wärs mit dem RCDS? Der dürfte der CDU im Moment feil sein. Außerdem hat sich beim SPD-Jugendkongress in Bad Godesberg ein RCDS-Mann gefunden, der bereit war, das SPD-Establishment zu verteidigen. Ob die Ehe allerdings lange hielte, wäre füglich zu bezweifeln. Würde die SPD doch auch dann noch „unsere freiheitliche Grundordnung“ gegen demokratische Kritiker verteidigen, wenn Strauß Bundeskanzler ist, sein Innenminister von Thadden heißt und Heinemann in Schutzhaft sitzt.

Erstaunlicher aber als die Stadien im Korruptionsskandal einer ehemaligen Arbeiterpartei erscheint die Treue einiger SHB-Alt-Funktionäre zur Partei. „Das Beste für Bochum: SPD“, heißt es auf einem Plakat des Bochumer SHB. Graf von Hardenberg wirds euch beweisen!

— er —

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Redaktion: Alois Kircher, Gerhard Huck, Bernd Westermann.
Anzeigenleitung: Christine Schippick
Anschluß: 463 Bochum, Lennersholstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 686; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennersholstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.

Studenten kaufen

Tabak - Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
Kaffeeausschank

in ihrer
Trinkhalle Kothhoff
(an der Mensa)